

Die Grünen-Abgeordnete Renate Ackermann will eine neue Bewegung gründen

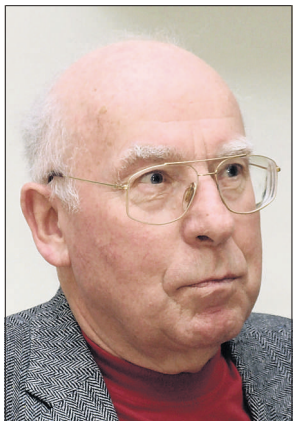
Politik und der Kampf gegen Rechts

Eine Initiative mit Blick auf die nächste Wahl? – Es gibt bereits aktive Bürgergruppen

ANSBACH – In Ansbach geht sie im möglichst öffentlichkeitswirksamen Kampf gegen jede Vergrößerung des US-Standortes auf die Straße. Ihr Argument gegen neue Wohnungen für amerikanische Soldaten und deren Familien: Terrorgefahr und Hubschrauberlärm. In Wörnitz und damit im westlichen Landkreis Ansbach kämpft sie gegen ein Gewerbegebiet zwischen zwei Autobahnen, durch das sich Kommunalpolitiker zahlreiche Arbeitsplätze erhoffen. Jetzt, rund ein Jahr vor der Landtagswahl, will Renate Ackermann, Landtagsabgeordnete der Grünen aus Ansbach, beim Kampf gegen die rechte Gefahr öffentlich vorangehen.

Ein neues breites Bündnis gegen die Radikalen vom braunen Rand sei in Westmittelfranken notwendig, sagt die Politikerin. Allerdings: Sowohl im Raum Ansbach als auch im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim gibt es bereits solche Bürgergruppen. In einer davon ist Ackermann sogar Mitglied – war als solches aber zumindest in letzter Zeit eher nicht aufgefallen.

Vorgestern verschickte Renate Ackermann zahlrei-



Schon lange gegen Rechts aktiv: Ex-Dekan Günther Zeilinger. Foto: Blendinger

che Briefe an einzelne Bürger, gestern schob sie eine Pressemitteilung nach. Der Inhalt: die Aktivitäten der Rechtsradikalen häuften sich, es könne nicht geschwiegen werden, die Demokratie dürfe nicht in Gefahr geraten. Auch die Weimarer Republik wird bemüht. Ihr Scheitern habe ganz Deutschland „in die schrecklichsten Jahre seiner Geschichte gebracht“. Also, so Ackermann: „Wehret den Anfängen.“

Ganz praktisch könne dies durch ein breites und aktives Bündnis gegen Rechts geschehen: bestehend aus Parteien, Kirchen, Verbänden, Organisationen, Wirtschaft, Medien und Gemeinden. Ackermann wörtlich: „Ich sehe hier das ‚Bündnis gegen Rechts‘ in Nürnberg als Vorbild, in dem mit vielen anderen Innenminister Günther Beckstein und OB Ulrich Maly aktiv sind“. Der

Kampf gegen Rechts sei auch in Westmittelfranken notwendig.

Diesen Kampf führt die „Bürgerbewegung für Menschenwürde“ in Mittelfranken mit jetzt Ulrich Maly an der Spitze bereits seit November 2000. Und zu dieser Bewegung gehört eine Ansbacher Gruppe, deren Sprecher seit Jahren der ehemalige Schulamtsdirektor Heinz Kreiselmeyer ist. Die Bürgergruppe setzte Ende 2000 mit einer Lichterkette, an der sich 5000 Menschen beteiligten, ein Zeichen gegen Gewalt und gleichzeitig für Toleranz und Gewaltfreiheit.

Darüber hinaus wurde von der Ansbacher Gruppe bereits vier Mal der Robert-Limpert-Preis vergeben. Der Ansbacher Schüler und Widerstandskämpfer Robert Limpert war noch in den letzten Kriegstagen vom damaligen Ansbacher Stadtkommandanten wegen seines Engagements für eine kampfbereite Übergabe seiner Heimatstadt an die heranrückenden Amerikaner zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Seit dem Jahr 2000 engagiert sich auch der ehemalige Windsbacher Dekan Günther Zeilinger in der Bewegung für mehr Menschenwürde und

gegen den braunen Sumpf in Westmittelfranken. Er kennt den Aufruf der Grünen-Abgeordneten aus Ansbach und meint: „Ihr geht es gewiss um die Sache; das würde ich ihr schon zugute halten.“ Aber: Dass die Politikerin Ackermann „in dieser Sache vorausgehen will, das spielt sicher auch eine gewisse Rolle.“ Doch die bereits bestehende Ansbacher Gruppe sei nach wie vor aktiv. Am heutigen Mittwoch trifft sich das Bündnis. Ein Thema, so Zeilinger, werde die Aktivität von Renate Ackermann sein.

Die Grünen-Politikerin selbst sieht in all dem keine Probleme. Sie wolle gezielt „ganz aktuell“ eine Gruppe gegen Rechts aufstellen. Die schon bestehende Bewegung für Menschenwürde sei viel weiter zu fassen: „Da geht es zum Beispiel auch um Zivilcourage.“ Vielleicht sei die Gruppe deshalb auch „etwas schwerfälliger“.

Und was soll mit dem ebenfalls bereits bestehenden Bündnis für Toleranz im Kreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim geschehen? Ackermann: „Wir müssen schauen, ob wir dies zusammenführen können oder ob man zumindest zusammenarbeiten kann; es macht keinen Sinn, wenn sich Initiativen gegenseitig Konkurrenz machen.“ Das Ziel aller Beteiligten sei das gleiche. Deshalb: „Wir müssen uns da zusammen tun.“

Im Übrigen sei der Kampf gegen die Rechtsradikalen „kein Thema, aus dem man viel politisches Kapital schlagen kann“. Es sei auch nicht ihre Absicht, eine Konkurrenz zu bestehenden Bürgerbewegungen zu gründen. Ihre Initiative solle das Thema auf eine neue Ebene stellen. Die



MdL Ackermann: Kampf auf neuer Ebene. Foto: lh

existierende Ansbacher Gruppe bestehe „überwiegend aus sozial engagierten Menschen“. Sie wolle das Ganze jetzt auf eine „breitere gesellschaftliche Basis“ heben.

Die Landtagswahlen sind voraussichtlich im September 2008. Es ist davon auszugehen, dass Renate Ackermann erneut antreten wird.

Dieter Reinhardt